

Intro

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

auch wenn es von außen nicht so aussehen mag: Die Klärung der K-Frage war in dieser Woche nicht das beherrschende Thema meiner Woche in Berlin. Vielmehr stand der Beschluss des Deutschen Bundestag zum 4. Bevölkerungsschutzgesetz im Mittelpunkt.

Darüber hinaus haben wir in dieser Woche eine Novelle des Telekommunikationsgesetzes für die Einführung des Rechts auf schnelles Internet beschlossen und die Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung sowie Änderungen der Transparenzregeln für Abgeordnete auf den Weg gebracht. Zudem habe ich den Linken erklärt, warum ihre Verkehrspolitik realitätsfern ist. Alle Informationen erhalten Sie wie immer in meinem Newsletter. Natürlich äußere ich mich auch zur K-Frage und nebenbei erfahren Sie, warum Volker Wissing auf ganzer Linie versagt hat.

Viel Spaß bei der Lektüre!

Ihr Patrick Schnieder

Mehr Klarheit und Einheitlichkeit durch die Bundesnotbremse

Das Infektionsgeschehen in Deutschland ist nach wie vor hoch. Die Zahl der Corona-Patienten, die eine intensivmedizinische Behandlung benötigen, steigt weiter an. Die Einschätzungen der Intensivmediziner sind eindeutig, ihre Warnungen eindringlich. Wir brauchen einheitliche und klare Maßnahmen, um das Infektionsgeschehen deutlich zu reduzieren. Hierfür hat der Deutsche Bundestag in dieser Woche das 4. Bevölkerungsschutzgesetz beschlossen. Kern des Gesetzespakets ist die Einführung einer Bundesnotbremse in Landkreisen, in den die 7-Tage-Inzidenz an drei aufeinanderfolgenden Tagen mehr als 100 beträgt. Die wichtigsten Maßnahmen im Überblick:

- **Kontaktbeschränkungen:** Ein Haushalt darf sich mit maximal einer weiteren Person treffen.
- **Ausgangsbeschränkungen:** Im Zeitraum von 22 Uhr bis 5 Uhr darf das Haus nur noch aus triftigem Grund verlassen werden – beispielsweise, um zur Arbeit zu gehen, den Hund

auszuführen oder um medizinische Hilfe in Anspruch zu nehmen. Bis 24 Uhr wird es zudem möglich sein, alleine zu joggen oder spazieren zu gehen.

- **Schulen:** Ab einer Inzidenz von 100 wird Wechselunterricht eingeführt. Zudem werden zwei Mal pro Woche Tests durchgeführt. Ab einer Inzidenz von 165 ist der Präsenzunterricht in Schulen und die Regelversorgung in Kitas untersagt. Der Inzidenzwert von 165 ist dabei ein Kompromiss zwischen den Expertenmeinungen, die sich für Schulschließungen ab einer Inzidenz von 100 ausgesprochen haben und auf der anderen Seite denjenigen, die Schulschließungen per se ablehnen.
- **Öffnung von Geschäften:** Bis zu einer Inzidenz von 150 ist es möglich, „click & meet“ mit negativem Corona-Test zu nutzen. „Click & collect“ bleibt inzidenzunabhängig möglich.
- **Freizeit- und Sportmöglichkeiten:** Gastronomie und Hotellerie bleiben geschlossen, Freizeit- und Kultureinrichtungen müssen ab einer Inzidenz von 100 schließen. Die Außenbereiche von Zoos und botanischen Gärten bilden eine Ausnahme und dürfen öffnen. Sport darf allein, zu zweit oder mit den Angehörigen des eigenen Haushalts ausgeübt werden. Ausnahme: Kinder bis 14 Jahre dürfen in einer Gruppe mit bis zu fünf Personen draußen kontaktfreien Sport ausüben.
- **Befristung:** Die Maßnahmen sind bis zum 30. Juni 2021 befristet. Der Bundestag kann zudem die epidemische Lage nationaler Tragweite jederzeit beenden, die Voraussetzung für alle Maßnahmen ist. Damit behält der Bundestag das Heft des Handelns in der Hand.

In dem Wissen, dass alle Corona-Maßnahmen nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn sie auf möglichst breite Akzeptanz in der Bevölkerung treffen, wurden im parlamentarischen Verfahren – z.B. bei den Regelungen zu den Ausgangsbeschränkungen oder der Möglichkeit des Sports für Kinder - mehrere Änderungen vorgenommen. Ich halte die nun gefundenen Regelungen für ausgewogen und zielgerichtet, damit Kontakte und Mobilität reduziert werden.

Der Direktor der Klinik für Intensivmedizin des UKE Hamburg, Prof. Dr. Stefan Kluge äußert sich in dieser Woche in der Bild-Zeitung wie folgt: „Es ist jetzt keine Zeit mehr für Diskussionen. Wir brauchen die Ausgangsbeschränkungen und andere Elemente der Notbremse sofort. In Hamburg sieht man, dass die Menschen das annehmen. Die Zahlen müssen runter, sonst können wir es bald nicht mehr ausbalancieren.“

Diese Einordnung finde ich sehr treffend und ich bin zuversichtlich, dass die beschlossenen Maßnahmen dazu beitragen, dass die „Zahlen runter gehen“.

Zur Entscheidung der K-Frage

Der CDU-Bundesvorstand hat sich in dieser Woche – wie Sie wissen - mehrheitlich für Armin Laschet als Kanzlerkandidaten der Union ausgesprochen. Markus Söder hat seine Kandidatur zurückgezogen. Für mich ist dabei das wichtigste, dass es nun eine Entscheidung gibt. Wichtiger als die Frage, wer von beiden Kanzlerkandidat ist. Der Prozess der vergangenen Woche hat einen massiven Schaden verursacht und viele Verletzte zurückgelassen. Ich bin daher froh, dass eine Einigung gefunden wurde.

Viele derjenigen, die Markus Söder unterstützt haben, sind frustriert, ja demotiviert sich weiter in der Partei zu engagieren. Das kann ich verstehen. Auch die Kreisverbände meines Wahlkreises

haben sich in der Mehrheit eindeutig für Markus Söder ausgesprochen. Gleichwohl entspricht das Verfahren, das in dieser Woche angewendet wurde, dem Prozedere, auf das sich CDU und CSU zur Findung des Kanzlerkandidaten geeinigt haben. Das gilt es zu respektieren. Zugleich ist die Frage berechtigt, ob an diesem Verfahren Änderungen vorgenommen werden müssen. Die CDU Rheinland-Pfalz hat hierfür in dieser Woche erste Vorschläge unterbreitet, die auf die stärkere Einbeziehung der Basis ausgerichtet sind. Nach der Bundestagswahl müssen wir diese Dinge schnell angehen. Dass der Eindruck entstanden ist, die Haltung und Meinung der Basis sei egal, ist fatal und Gift für die CDU. Das darf nie wieder passieren.

Ich finde Markus Söder hat in dieser Woche sehr treffend festgehalten, um was es nun geht: Es gilt jetzt zusammenzustehen und zusammenzurücken. Bei allen unterschiedlichen Meinungen, die ihre Berechtigung haben und die offen geäußert werden dürfen und müssen, gilt doch festzuhalten, dass uns in der Union mehr eint als uns trennt.

Wenn ich mir die Vorstellungen der politischen Konkurrenz für die Zukunft Deutschlands betrachte, dann weiß ich, warum ich Mitglied der Unionsfamilie bin. Was die Umsetzung der Ideen der Grünen für ländliche Räume bedeuten würde, will ich mir gar nicht erst ausmalen. Es lohnt sich, für die Ziele der Union zu kämpfen. Das ist in meinen Augen viel wichtiger als Personalfragen. Zumal Armin Laschet und Markus Söder inhaltlich eng beieinander stehen. Wir müssen nun unsere volle Konzentration darauf richten, dass wir bei der Bundestagswahl wieder stärkste Kraft werden. Dafür werde ich in den nächsten Monaten Alles geben.

Linke wollen Ausbaustopp für Autobahnen - Das geht an der Lebensrealität der Menschen vorbei!

Die Linken haben sich in dieser Woche vehement gegen Investitionen in unsere Straßen ausgesprochen. Politik muss jedoch alle Regionen in Deutschland im Blick haben, nicht nur die Ballungsräume. Es gibt ländliche Räume in Deutschland, in denen die Menschen auch in Zukunft noch auf das Auto angewiesen sein werden. Meine Meinung gibt's im Video zum Anhören: https://www.youtube.com/watch?v=8yBO3K-w6wI&feature=emb_logo

Helmut-Kohl-Stiftung auf den Weg gebracht: Würdigung des großen Europäers und Kanzlers der Einheit

In erster Lesung haben wir in dieser Woche einen Gesetzesentwurf zur Errichtung einer Helmut-Kohl-Stiftung beraten. Ziel der Stiftung wird sein, das Andenken an das politische Wirken des großen Europäers und Kanzlers der Einheit zu wahren.

Helmut Kohl ist im Bewusstsein der Deutschen fest als Vater und Architekt der deutschen Einheit verankert. Er hat in bewegten Zeiten unser Land sicher geführt. Die einmalige Chance der Wiedervereinigung hat er genutzt und mit großem Geschick und der nötigen Hartnäckigkeit die deutsche Teilung überwunden. Kohl war es dabei immer wichtig, dass das wiedervereinigte Deutschland seinen festen Platz in Europa und in der internationalen Gemeinschaft hat. Helmut

Kohl war deutscher Patriot und Europäer. Die sechzehn Jahre seiner Kanzlerschaft waren gute Jahre für Deutschland und Europa.

Rheinland-Pfalz hat der Ludwigshafener als engagierter Reformierender zu einem modernen und fortschrittlichen Bundesland weiterentwickelt. Unter Helmut Kohl brachte die Landesregierung eines der ersten Kindergartengesetze der Bundesrepublik auf den Weg und reformierte die Krankenhäuser im Land. Zu seiner Bilanz gehörte die Verwaltungs- und Strukturreform ebenso wie eine Schulreform mit verbesserter Lehrerbildung und der Umwandlung von 1500 staatlichen Konfessionsschulen in christliche Gemeinschaftsschulen sowie die Neugründungen der Universitäten Trier und Kaiserslautern. Auch wichtige Verkehrsprojekte, etwa den Bau der A61, brachte der Ministerpräsident voran.

Über ein Vierteljahrhundert lenkte er die Geschicke der CDU auf Landes- und Bundesebene. Es war Helmut Kohl, der die CDU veränderte – weg von der Honoratiorenpartei hin zur Volkspartei. Die Stiftung wird dazu beitragen, dieses Andenken in Erinnerung zu behalten.

Sitz der "Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung" soll in Berlin sein. Für die Stiftung sind im Bundeshaushalt 2,94 Millionen Euro vorgesehen. Unter anderem soll ein Helmut-Kohl-Zentrum als öffentlich zugängliche Erinnerungsstätte in Berlin eingerichtet werden.

Baurecht für den Lückenschluss der A1 - Was ist daraus geworden?

Baurecht für den A1-Lückenschluss bis zum Ende der Legislaturperiode im rheinland-pfälzischen Landtag – das hatte Verkehrsminister Volker Wissing (FDP) in den letzten Jahren mehrfach vollmundig versprochen. Zum Video: <https://www.youtube.com/watch?v=Wa8xSOaxhCY>

Mit Highspeed in die Zukunft

Novelle des Telekommunikationsgesetzes beschlossen

Auch schon vor der Corona-Pandemie war klar: Ein schneller Internetanschluss gehört zur Lebensgrundlage. Aus diesem Grund hat der Bund Milliarden für Förderprogramme bereitgestellt und Anreize für den Ausbau durch die Netzbetreiber gesetzt.

Durch den Glasfaserausbau und Innovationen wie den neuen Mobilfunkstandard 5G ordnet sich der Kommunikationsmarkt jedoch neu, und damit brauchen wir auch moderne Spielregeln für die Marktteilnehmer. Diese haben wir mit dem Telekommunikationsmodernisierungsgesetz - kurz TKMoG - am Donnerstag aufgestellt.

Unser Ziel: Bis 2025 sollen Gigabit-Anschlüsse und 5G flächendeckend verfügbar sein. Nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land. Hierfür haben wir verschiedene Verbesserungen durchgesetzt:

Die Bürger sollen erstmals einen Rechtsanspruch auf schnelles Internet erhalten. Damit setzen wir auch ein Ziel aus dem Koalitionsvertrag um. Wir werden uns hierfür auf eine Mindestbandbreite einigen, mit denen Home Office oder rechenintensive Anwendungen überall in Deutschland kein Problem mehr darstellen. Der Bundestag wird diesen Wert jährlich überprüfen und zusammen mit der technischen Entwicklung nach oben anpassen.

Um den Glasfaserausbau zu beschleunigen, haben wir die Genehmigungsverfahren vereinfacht und dafür gesorgt, dass alternative Verlegungsmethoden verstärkt zum Einsatz kommen. Hierzu zählt beispielsweise das sogenannte „Trenching“, bei dem lediglich ein schmaler Schlitz in die Asphaltdecke gefräst wird, um Leerrohre und Glasfaserkabel verlegen zu können. Aufwendige Tiefbauarbeiten per Bagger, die beim Breitbandausbau oftmals den Flaschenhals darstellen, sind beim Trenching nicht notwendig.

Auch die Kommunen sollen mehr Planungssicherheit erhalten. Wo in Zukunft gebaut wird, wird künftig mindestens ein Jahr vorher angezeigt werden. Zudem werden die neuen Rahmenbedingungen den Unternehmen Anreize für einen zügigen Ausbau und für Investitionen und Innovationen setzen. Insgesamt können wir die Standortbedingungen für die Digitalisierung in Deutschland so entscheidend verbessern.

Das TKMoG wird am 1. Dezember 2021 in Kraft treten.

Wir haben verstanden! Transparenzregeln für Abgeordnete werden verschärft

In meinem Newsletter vom 26. März hatte ich angekündigt, dass die Unionsfraktion auf die beschämenden Enthüllungen, dass sich einzelne Abgeordnete an der Pandemie bereichert haben, mit knallharten Maßnahmen reagieren wird. Diese Maßnahmen haben wir gestern auf den Weg gebracht. Im Ergebnis streben wir die größte Reform des Abgeordnetengesetzes an, die es je gegeben hat. Welche Maßnahmen konkret geplant sind, können Sie meiner Rede entnehmen.

Zum Video: https://www.youtube.com/watch?v=xAzON7qeDaY&feature=emb_logo

Impressum gem. § 5 TMG :
Verantwortlich im Sinne des Presserechts:
Patrick Schnieder MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 71884
E-Mail: patrick.schnieder@bundestag.de